



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Timeline der Volksgruppenfrage in Kärnten

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind in der Minderheitenfrage bestimmt von der Diskussion um zweisprachige topographische Aufschriften. Mehrfach trifft der österreichische Verfassungsgerichtshof als Höchstgericht in Verfassungsfragen Entscheidungen über mangelhafte die Umsetzung der Minderheitenrechte.

Eine Lösung gelingt trotz mehrfacher Anläufe auf Bundes- und Landesebene nicht. Stattdessen wird das Ringen um Minderheitenrechte zu einem Instrument der Politik. Diese Phase Jahre der Minderheitenfrage ist geprägt durch Konsenssuche und Stillstand auf Bundesebene und Umgehungsversuche höchstgerichtlicher Entscheidungen durch die Kärntner Landesbehörden. Zugleich entstehen aus Lösungsversuchen öffentlich breit wahrnehmbare Konsens- und Dialogbemühungen. Letztlich gelingt eine Regelung der Ortstafelfrage.

Andere Problembereiche bleiben offen, zB die Abwanderung von Minderheitenangehörigen aus den traditionellen Gebieten, Fragen der effektiven Gestaltung des zweisprachigen Unterrichts oder Regional- und wirtschaftspolitische Anliegen und andere, die den Minderheitenschutz in den nächsten Jahren herausfordern.

Bemühungen, diesen Anforderungen durch eine Reform des Volksgruppenrechts, zu entsprechen, kommen 2012 zum Erliegen. Zu konträr sind die Haltungen in Minderheitenfragen.

Die Timeline bietet einen ersten Überblick über die Geschichte der Kärntner Volksgruppenfrage. Sie dient der Orientierung und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Eine umfangreichere Timeline mit weiterführenden Hinweisen und Materialien (Bildern, Videos, Interviews, etc.) finden Sie unter:



<http://www.kaerntenneu.at/main/timeline/C15/>

Eine weitere Zeitleiste zum zweisprachigen Schulwesen in Kärnten bietet Theodor Domej in seinem Beitrag im Sammelband „*Natürlich zweisprachig*“ (Willi Wolf u.a (Hrsg.) Graz, 2013).



Die verkürzte und vereinfachte Version für SchülerInnen greift die wichtigsten Ereignisse und Eckdaten auf. Sie eignet sich als Handout, Informationstext, dient der Recherche, als Diskussionsgrundlage oder kann als Grundlage für die Anwendung der didaktischen Materialien eingesetzt werden (siehe Arbeitsblätter).





MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Literatur und vertiefende Einblicke:

Barker Thomas, The Slovene ethnic minority of Carinthia, New York, 1984

Bauböck Rainer (Hrsg.), ...Und raus bist du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien, 1988

Bauböck Rainer u.a.(Hrsg.), 6 x Österreich, Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen, Klagenfurt, 1995.

Bogataj Mirko, Die Kärntner Slowenen, Ein Volk am Rande der Mitte, Klagenfurt/Wien, 2008.

Fräss-Ehrfeld Claudia, Geschichte Kärntens Band 3/2 – Kärnten 1918-1920, Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche, Klagenfurt, 2000.

Fräss-Ehrfeld Claudia, Zwischen Bundeskompetenz und Kärntner Realität. Die Kärntner Minderheitenproblematik in der Zweiten Republik 1945-1976, in Fräss-Ehrfeld Claudia/Rumpler Helmut (Hrsg.), Kärnten und Wien. Zwischen Staatsidee und Landesbewusstsein, Klagenfurt/Ljubljana/Wien, 2005

Fräss-Ehrfeld Claudia, Zur Historie des Ortstafelstreits im Kontext der Kärntner Volksgruppenfrage, EJM 3/2011, 161

Haas Hanns/Stuhlpfarrer Karl, Österreich und seine Slowenen, Wien, 1977

Inzko Valentin, Geschichte der Kärntner Slowenen von 1918 bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der gesamtslowenischen Geschichte, Klagenfurt, 1988

Karner Stefan(Hrsg.), Kärnten und die nationale Frage, Band 1-5, Klagenfurt, 2005

Kärnten Dokumentation, Die Ortstafelfrage aus Expertensicht. Eine kritische Beleuchtung, Sonderband 01, Klagenfurt, 2006

Pandel Martin u.a. (Hrsg.), Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance, Wien, 2004

Klemencic Matijaz/ Klemencic Vladimir, Die Kärntner Slowenen und die Zweite Republik, Klagenfurt/Ljubljana, 2010

Moritsch Andreas, Kärntner Slowenen 1900-2000, Klagenfurt, 2000

Moritsch Andreas, Austria Slovenica : die Kärntner Slowenen und die Nation Österreich, Klagenfurt/Wien, 1996

Obid Vida u.a., Haiders Exerzierfeld, Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien, 2002

Ogris Alfred, Der 10. Oktober 1920. Kärntens Tag der Selbstbestimmung, Klagenfurt, 1990

Österreichische Rektorenkonferenz (Hrsg.), Bericht der Arbeitsgruppe „Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich“, Wien 1989

Perchinig Bernhard, Wir sind Kärnten und damit hat sich`s, Deutschnationalismus und politische Kultur in Kärnten, Klagenfurt, 1989

Rumpler Helmut (Hrsg.)/ Burz Ulfried (Ma.), Kärnten Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland; Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 Band 6/2), Wien, 1998

Valentin, Kärnten. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien 2011

Valentin Hellwig (2015) Eine konfliktreiche Beziehungsgeschichte. Die Volksgruppenfrage und die Beziehungen zwischen Kärnten und Slowenien, in Pirker Jürgen (Hrsg), Kärnten und Slowenien: Getrennte Wege – Gemeinsame Zukunft. Jugend zwischen Heimat, Nation und Europa/Koroška in Slovenija: Ločene poti – skupna prihodnost. Mladi o domovini, narodu in Evropi, Baden-Baden

Valentin Hellwig, Der Sonderfall, Kärntens Zeitgeschichte 1918-2004/08, Klagenfurt, 2009

Valentin Hellwig u.a. (Hrsg.), Die Kärntner Volksabstimmung 1920 und die Geschichtsforschung, Klagenfurt, 2001

Valentin Hellwig/Karpe Peter/Puschnig Udo (Hrsg.), Der Staatsvertrag von Wien 1955-2005. Die Kärntner Perspektiven, Klagenfurt, 2006

Valentin Hellwig, Nationalismus oder Internationalismus, Arbeiterschaft und nationale Frage mit besonderer Berücksichtigung Kärntens 1918-34, Klagenfurt, 2000

Wadl Wilhelm, Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick, Klagenfurt 1985



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Timeline der Volksgruppenfrage in Kärnten

- 1848 Der Kärntner Geistliche Matija Majar verlangt die Erhebung des Slowenischen zur **Schul- und Amtssprache**. Er vertritt die Idee eines **geeinten Slowenien**. Am 1. April wird dem Kaiser ein Patent übergeben. Es verlangt die Vereinigung aller slowenischen Gebiete innerhalb Österreichs. Katholische Geistliche verwenden nun verstärkt die slowenische Unterrichtssprache und fördern die Nationalisierung.
- 1852 Die **slowenische Hermagoras Gesellschaft** entsteht zur Verbreitung und Förderung der slowenische Sprache. Bis 1880 sind in Kärnten nur 7 von 381 Vereinen als slowenische Vereine ausgewiesen.
- 1869 Das Reichsvolksschulgesetz trennt Schule und Kirche. Es entsteht eine **zweisprachige („utraquistische“) Schule**. Ihr Ziel ist die frühe Heranführung an die deutsche Sprache: In den ersten beiden Schulstufen erfolgt der Unterricht zweisprachig. Ab der dritten Stufe gibt es nur mehr einen dreistündigen Slowenisch-Unterricht. Davon können Kinder abgemeldet werden. Von nun an kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die Schule. Sie erfüllt eine zentrale Funktion für den Erwerb einer Sprache. Der nationale Konflikt „vor Ort“ zeigt sich fortan auch zwischen Kirche und Schule: die Lehrerschaft neigt dem Deutschen zu, Pfarrer dem Slowenischen. Sie tragen zur Mobilisierung für die jeweilige Seite der Bevölkerung bei.
- 1870 In Volksversammlungen („Tabori“) wird ein geeintes Slowenien gefordert.
- 1909 **„Fahrkartenstreit“**: Das Wiener Parlament debattiert über einen Vorfall am Bahnhof Klagenfurt: Zwei Personen bestellen Zugfahrkarten in slowenischer Sprache. Die Herausgabe wird ihnen verweigert. Nach einem Wortwechsel werden beide festgenommen. Der Vorfall und die anschließende Debatte verdeutlichen die wachsenden Spannungen der Volksgruppen.
- 1917 Für einen eigenen **Staat der Südslawen** innerhalb der Habsburger Monarchie werden 19.000 Unterschriften gesammelt.
- 1918 Am 12.11.1918 entsteht die Republik „Deutsch-Österreich“. Die Kärntner Landesversammlung beschließt bereits einen Tag zuvor den Beitritt zur neuen Republik. Südslawische Truppen rücken in Südkärnten ein, nachdem Ansprüche auf Gebiete mit slowenischer Bevölkerung abgelehnt werden. Die Kärntner Landesversammlung entschließt sich zur Gegenwehr: Der **„Kärntner Abwehrkampf“** beginnt.
- 1919 Nach einem vorläufigen Waffenstillstand folgen neuerliche Kampfhandlungen. Südslawische Truppen besetzen Klagenfurt. Auf internationale Vermittlung im Zuge der Verhandlungen um einen Staatsvertrag wird eine Volksabstimmung für Kärnten beschlossen. Sie soll 1920 durchgeführt werden. In Südkärnten beginnt die Propaganda der Kärntner Landesagitationsleitung und des SHS-Staates.
- 1920 In der **Volksabstimmung am 10. Oktober 1920** spricht sich eine Mehrheit der Befragten (59,04%) für einen Verbleib der beanspruchten Gebiete bei Österreich aus. Für Österreich stimmt ein erheblicher Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung, ohne deren Stimmen kein positiver Ausgang für Österreich möglich gewesen wäre. Ausschlaggebend waren politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Faktoren. Die Provisorische Landesversammlung hatte den slowenischen KärntnerInnen vor der Abstimmung zugesichert, ihre „nationale Eigenart“ zu wahren.



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



- 1925 Eine kurze Annäherung bewirken Verhandlungen um eine Kulturautonomie für die Kärntner Slowenen. Gemeint ist eine Selbstverwaltung auf kulturellem Gebiet, vor allem im Bereich der Schule. Die Verhandlungen scheitern.
- 1938 Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wird in Kärnten eine „**Volkstumsstelle**“ zur Beobachtung, Planung, Beratung und Berichterstattung gegründet. Neue deutschsprachige Kindergärten werden eingeführt, der Slowenisch-Unterricht in der Volksschule zurückgedrängt. Nur der Religionsunterricht bleibt bis zur 3. Klasse slowenisch. Geistliche werden vermehrt aus zweisprachigen Orten verwiesen.
- 1939 In der Volkszählung wird „Windisch“ als Kategorie aufgenommen. Angehörige der slowenischen Volksgruppe beginnen, sich aus Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime jugoslawischen Partisanenverbänden anzuschließen.
- 1941 Im **Balkanfeldzug** wird das slowenische Gebiet Oberkrain besetzt und an Kärnten angegliedert. Es beginnt eine rigide Eindeutschungspolitik mit Deportationen, Inhaftierungen, Aussiedelungen und Liquidierungen. Das Gebiet Sloweniens wird unter Italien, Ungarn und dem Deutschen Reich aufgeteilt.
- 1942 Im April 1942 kommt es zur **Aussiedelung** von mehr als 1.000 Angehörigen der slowenischen Volksgruppe. Als Reaktion formiert sich slowenischer Widerstand, die Zahl der Partisanenverbände steigt.
- 1944 Partisanenaktivitäten werden mit neuerlichen Aussiedelungen durch das NS-Regime beantwortet. Es kommt zum Höhepunkt der **Partisanenbewegung**. Gräueltaten und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung ereignen auf beiden Seiten.
- 1945 Am 25. April 1945 ereignet sich ein Massaker am slowenischen **Peršmanhof**. Vier Erwachsene und sieben Kinder werden getötet. Bereits im April meldet Jugoslawien einen Teilnahmeanspruch an der Besetzung Österreichs bei den alliierten Mächten an. Am 08. Mai 1945 marschieren Tito-Partisanen in Kärnten ein. Mehr als 200 Personen werden aus Kärnten deportiert, 91 in den Wäldern bei Lese/Liescha in Slowenien hingerichtet, ein größerer Teil nach Internierungen freigelassen. Auf Druck der britischen und amerikanischen Vertretung zieht Jugoslawien 20.000 Soldaten ab. Im Oktober setzt eine Verordnung der Kärntner Landesregierung den zweisprachigen Unterricht für bestimmte Orte in Südkärnten fest. Die Verordnung dient als positives Signal für die bevorstehenden Friedensverhandlungen.
- 1947 Die **Regierung Jugoslawiens erhebt Anspruch auf ein Gebiet Südkärntens** im Ausmaß von 2.740 km² mit 180.000 Einwohnern. Die Ansprüche reichen weiter als die Forderungen von 1920. Die österreichische Regierung tritt den Forderungen entgegen. 27 Sitzungen in London bringen kein Ergebnis in der Grenzfrage.
- 1948 Jugoslawien reduziert die Gebietsansprüche. Gefordert wird das ehemalige Abstimmungsgebiet in Südkärnten. Angedacht werden erstmals Minderheitenschutzbestimmungen. Nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 reduziert Jugoslawien die Forderungen weiter auf Grenzkorrekturen bei Lavamünd und Schwabegg und eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Autonomie für die Kärntner Slowenen. Für Kroaten und Slowenen außerhalb der Kärntner Gebiete sollen besondere Minderheitenrechte garantiert werden.
- 1949 In den Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag gelingt ein Kompromiss: Österreich wird Minderheitenrechte garantieren, im Ausgleich für die zurückgezogenen Gebietsansprüche. Der Abschluss des Staatsvertrages verzögert sich jedoch um weitere sechs Jahre – der Minderheitenschutzartikel wird nahezu unverändert übernommen werden.



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Der Rat der Kärntner Slowenen entsteht zur Vertretung der Volksgruppe. Er ist christlich-sozial und konservativ orientiert; in Abgrenzung zum pro-jugoslawisch, eher kommunistisch-sozialdemokratisch orientierten Zentralverband Slowenischer Organisationen, der als zweite politische Vertretungsorganisation der Volksgruppe aus Vorläuferorganisationen entsteht.

1955

Der **österreichische Staatsvertrag** wird abgeschlossen. In **Artikel 7** werden Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten festgeschrieben:

„Artikel 7. Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten

1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.“ (BGBl 152/1955)

1958

Proteste der deutschsprachigen Bevölkerung gegen das zweisprachige Schulwesen und die Verordnung der Landesregierung aus 1945 führen zu einem Nachgeben des Landeshauptmannes. Per Erlass erlaubt er die Befreiung von Kindern vom Slowenisch-Unterricht. 83 Prozent der in Frage kommenden Pflichtschüler werden abgemeldet.

1959

Ein **Minderheitenschulgesetz** stellt es nun den Eltern frei, ihre Kinder zum zweisprachigen Unterricht anzumelden. Das Gesetz schafft auch die Basis für das **Slowenische Gymnasium in Klagenfurt**.

1970

Im Vorfeld des 50-jährigen Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung wird die Notwendigkeit des Abwehrkampfes für die Volksabstimmung in Frage gestellt und diskutiert. Vertreter der Kärntner Slowenen fordern die Umsetzung der Minderheitenrechte aus Artikel 7 des Staatsvertrages. Slowenischsprachige Jugendliche beginnen, einsprachige Ortstafeln zu „ergänzen“. Folglich verschärfen sich die Auseinandersetzungen um zweisprachige Ortstafeln und die **„Beschmierungsaktionen“** dauern in den nächsten Jahren an.

1972

Die SPÖ bringt im Alleingang ein Gesetz im Nationalrat ein, um die Ortstafelfrage zu lösen. Es wird mit nur drei Stimmen Mehrheit angenommen. In Gemeinden mit einem Anteil von 20% slowenischsprachiger Bevölkerung sollen zweisprachige Ortstafeln angebracht werden. Kärntner Slowenen und Heimatverbände lehnen das Gesetz ab. In einem **„Ortstafelsturm“** wird die Umsetzung verhindert: Personen entfernen gewaltsam, zT in großen Gruppen, die zweisprachigen Ortstafeln.

Bundeskanzler Kreisky wird, als er sich um eine Beruhigung der Lage bemüht, in Klagenfurt von wütenden Demonstranten mit antisemitischen Äußerungen bedacht, Landeshauptmann Sima und seine Frau in Völkermarkt mit Eiern beworfen. Der „Ortstafelsturm“ endet erst, als keine weiteren Ortstafeln mehr



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



aufgestellt werden. Positive Impulse kommen von der katholischen Kirche, die in einer Synode ein Gesetz über das „*Zusammenleben der Deutschen und Slowenen in der Kirche Kärntens*“ erarbeitet.

In den internationalen Beziehungen zu Jugoslawien führt die Ortstafelfrage zu intensiven Spannungen.

- 1973 Bundeskanzler Kreisky initiiert eine „Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten“ („Ortstafelkommission“). Sie soll eine Grundlage für die Umsetzung der Minderheitenrechte aus Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages erarbeiten. Die Ergebnisse der Kommission lehnen die Kärntner Slowenen ab. Im September entsteht das erste Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen auf Initiative von Studierenden. Es gelingt, auf Seiten der deutschsprachigen Bevölkerung Unterstützer für die Rechte der Volksgruppe zu gewinnen.
- 1974 Landeshauptmann Sima gibt Forderungen nach seinem Rücktritt nach. Ihm folgt Leopold Wagner, der die Gangart in der Minderheitenfrage verschärft. Jugoslawien fordert Zugeständnisse von Österreich und kritisiert die Tätigkeit neonazistischer und chauvinistischer Organisationen.
- 1976 In der Bevölkerung bestehen nach wie vor Spannungen; es kommt zu mehreren **Sprengstoffanschlägen**, zB auf Denkmäler oder Bahnanlagen. Zur Beilegung der Streitfragen verabschiedet der Nationalrat ein **Volksgruppengesetz**. Es basiert auf einem Dreiparteienpakt zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ. Heimatverbände und Slowenenvertreter sind gegen das Gesetz – den einen beinhaltet es zu viel, den anderen zu wenig. Das Gesetz regelt die Einrichtung von Volksgruppenbeiräten, die Volksgruppenförderung und neben anderem insb die Amtssprache und die Anbringung zweisprachiger topographischer Aufschriften. Diese Rechte sind abhängig von einem 25% Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung in dem betreffenden Verwaltungsbezirk. Festgestellt werden soll der Anteil durch eine geheime Spracherhebung. Die geheime Erhebung der Muttersprache wird österreichweit boykottiert. Das Ergebnis ist unbrauchbar – in Wien geben mehr Personen Slowenisch an als in Kärnten.
- 1977 Zur Durchführung des Volksgruppengesetzes werden Verordnungen erlassen. Die Kärntner Slowenen verweigern Teilnahme an den Volksgruppenbeiräten. Die Verordnung über zweisprachige topographische Aufschriften sieht zweisprachige Ortstafeln in 91 Ortschaften und acht Gemeinden vor.
- 1984 Nach einem Schulvolksbegehren des Kärntner Heimatdienstes gegen das Minderheitenschulgesetz und slowenischen Gegenprotesten erörtert der Kärntner Landtag die Schulfrage. Auf Bundesebene und Landesebene werden Pädagogen-Kommissionen eingesetzt.
- 1986 In Wien findet ein Parteigipfel zum „Kärntner Pädagogenmodell“ statt; etwa 5000 Personen nehmen an einer Demonstration teil. In Klagenfurt werden Parteizentralen und die Kärntner Landesregierung besetzt.
- 1987 Das Unterrichtsministerium setzt eine Expertenkommission mit Beteiligung von Vertretern der slowenischen Volksgruppe ein. Die Bundes- und Kärntner Landesparteiobmänner der SPÖ, ÖVP und FPÖ schließen eine Parteienvereinbarung über eine Reform des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten.
- 1988 Eine **Schulgesetznovelle** erweitert den Elementarunterricht in Slowenisch. Ab neun zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Schülern wird eine Parallelklasse geführt und ein Zweitlehrer in zweisprachigen Klassen eingesetzt. Angeboten wird ein Förderunterricht in slowenischer Sprache und die Klassenschülerhöchstzahl ist begrenzt mit 20 Schülern pro Klasse.
- 1989 Eine zweisprachige Schule für wirtschaftliche Berufe mit Öffentlichkeitsrecht entsteht in St. Peter im Rosental. In Folgejahren werden eine zweisprachige Bundeshandelsakademie in Klagenfurt, eine konfessionelle und eine öffentliche zweisprachige Volksschule eröffnet.



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



- 1991 Am 25. Juni 1991 deklariert Slowenien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. Kärnten unterstützt dies wohlwollend. Die Kärntner Einheitsliste (KEL) schließt sich mit dem 1973 entstandenen „Klub der slowenischen Gemeinderäte“ zur **Einheitsliste/Enotna Lista** als Partei für die politische Vertretung der Volksgruppe zusammen.
- 1995 Zum 75. Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung spricht Valentin Inzko als erster Vertreter der slowenischen Volksgruppe bei den Feierlichkeiten im Wappensaal.
- 1997 Nach einem **Anschlag** auf die Heimkehrergedenkstätte am Ulrichsberg initiiert Landeshauptmann Zernatto einen „Runden Tisch“. Im Ergebnis werden das Ulrichsbergdenkmal als Mahnmal für den Krieg und die Gefallenen definiert, ein Modell für zweisprachige Kindergärten entworfen und ein Projekt zur Aufarbeitung der nationalen Frage in Kärnten im 20. Jahrhundert beschlossen.
- 1998 Als Abschluss des Runden Tisches von 1997 ergeht am 6. Mai 1998 eine Prinzipienklärung, in welcher die Zweisprachigkeit von allen Seiten als „*gegeben und förderungswürdig*“ erachtet wird.
- 2001 Zum 80-jährigen Jubiläum der Volksabstimmung spricht Bernard Sadovnik als Vertreter der Kärntner Slowenen bei den Feierlichkeiten des Landes. Slowenien erinnert Österreich an die unvollständige Erfüllung der Minderheitenrechte, insb in der Ortstafelfrage. Im Oktober ergeht das „**Amtsprachenerkenntnis**“ des Verfassungsgerichtshofes. Er hält fest, dass eine Gemeinde wie Eberndorf bereits mit 10,4% slowenischsprachiger Bevölkerung als gemischtsprachig anzusehen ist. Das Erkenntnis legt die Basis für die Rechtsprechung des Höchstgerichtes zur Ortstafelfrage.
- 2001 Ab 1993 kommt es zu einer Verschärfung der Zuwanderungsbestimmungen durch restriktivere Gesetze. Der Kärntner Landtag beschließt ein Gesetz zur Förderung zweisprachiger Kindergärten (Kindergartenfondsgesetz). Der Verfassungsgerichtshof hebt im Dezember in seinem „**Ortstafelerkenntnis**“ vom 13.12.2001 eine Bestimmung des Volksgruppengesetzes und Ausführungsbestimmungen in Verordnungen auf, die für die Anbringung zweisprachiger fotografischer Aufschriften das Vorhandensein einer „*verhältnismäßig beträchtlichen Zahl (ein Viertel)*“ von Minderheitenangehörigen vorsehen. Diesen Prozentsatz erachtet der Gerichtshof als zu hoch und stellt fest, dass die betreffende Ortschaft, „*die (...) über einen längeren Zeitraum betrachtet, einen Minderheitenprozentsatz von mehr als 10% aufweist, als Verwaltungsbezirk mit gemischter Bevölkerung (...) zu qualifizieren*“ ist. Eingeleitet wird das Verfahren nach einer Geschwindigkeitsübertretung im Ortsgebiet von St. Kanzian durch den Rechtsanwalt Rudi Vouk, der den Strafbescheid bis vor das Höchstgericht bekämpft. Auf einem anderen Weg ist eine Prüfung des Volksgruppengesetzes und der Verordnungen (Ortstafeln sind Verordnungen) nicht zu erreichen. Der Veröffentlichung des Ortstafelerkenntnisses folgt eine heftige Diskussion zwischen dem Kärntner Landeshauptmann Haider und dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovich.
- 2002 Landeshauptmann Haider lädt zu einer Enquete, um Lösungsvorschläge für die Ortstafelproblematik zu erarbeiten. Das Bundeskanzleramt initiiert drei Konsenskonferenzen. Eine Lösung der Frage gelingt nicht.
- 2003 Nach Auseinandersetzungen im Rat der Kärntner Slowenen entsteht im Juni 2003 die „**Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen**“ als dritte Vertretungsorganisation der slowenischen Volksgruppe. In einer Einigung mit dem **ORF** wird festgelegt, dass ab 2004 täglich acht Stunden slowenischsprachiges Programm angeboten werden.
- 2005 Neuerliche Konsenskonferenzen führen zu einem Vorschlag, der die Aufstellung von 158 zweisprachigen Ortstafeln bis zum Jahr 2010 vorsieht. Diese Lösung wird nach dem Moderator der Konferenz als „**Karner-Paket**“ bekannt. Landeshauptmann Haider spricht sich gegen den Kompromiss aus und wird vom Kärntner Abwehrkämpferbund unterstützt. Im Dezember folgen weitere Erkenntnisse des



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Verfassungsgerichtshofes für die Orte Ebersdorf und Bleiburg. Beide Ortstafeln werden auf Weisung von Landeshauptmann Haider unter medialer Aufmerksamkeit verrückt, um durch einen juristischen Kniff keine zweisprachige Tafel anbringen zu müssen.

- 2006 Der Verfassungsgerichtshof fällt neuerlich Erkenntnisse für „Bleiburg“ und „Ebersdorf“. Eine Fact-Finding-Mission des Europaparlamentes gelangt zu der Ansicht, dass die Minderheitenrechte des Staatsvertrages mangelhaft umgesetzt sind. Landeshauptmann Haider lässt eine **„Ortstafel-Urabstimmung“** unter 44.000 Personen in ausgewählten Südkärntner Gemeinden durchführen. Dabei sprechen sich 52,4% gegen neue zweisprachige Ortstafeln aus. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Schüssel versucht eine Lösung mit 141 zweisprachigen Ortstafeln durchzubringen. Die Bundes-SPÖ stimmt nicht zu. Der Rat der Kärntner Slowenen versucht in Brüssel eine Internationalisierung der Thematik zu erreichen. In Kärnten lässt Landeshauptmann Haider Ortstafeln mit einem kleinen slowenischen Zusatzschild versehen. Diese Variante erklärt der Verfassungsgerichtshof im Dezember 2006 für verfassungswidrig.
- 2007 Bundeskanzler Gusenbauer bringt im Nationalrat einen Vorschlag mit 163 Ortstafeln ein. Landeshauptmann Haider und der ÖVP-Landesobmann lehnen den Vorschlag ab. Mehrere Geschwindigkeitsübertretungen führen erneut zu Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof. Auf Antrag der Volksanwaltschaft hebt der Verfassungsgerichtshof die slowenischsprachige Zusatztafel der Ortschaft Schwabegg als verfassungswidrig auf.
Als Resultat der **Dialogbemühungen** zwischen den Obmännern des Kärntner Heimatdienstes, Josef Feldner, und des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen, Marjan Sturm, erscheint 2007 das Buch „Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog“. Neben vielfältigen positiven Reaktionen treffen diese Dialogbemühungen auch auf Kritik in Kärnten und innerhalb der slowenischsprachigen Volksgruppe.
- 2008 Der Verfassungsgerichtshof wird neuerlich mit der Ortstafelfrage befasst. Die **Konsensgruppe** (Kärntner Heimatdienst, Zentralverband Slowenischer Organisationen, Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen, Plattform Kärnten), die seit 2005 besteht, veranstaltet eine gemeinsame Feier zum 10. Oktober in Ludmannsdorf. Sie wird in zahlreichen Stellungnahmen gewürdigt. Mit dem Ableben des Landeshauptmannes Haider (BZÖ) verstirbt einer der zentralen Akteure in den jüngeren Auseinandersetzungen um die Minderheiten- und Ortstafelfrage in Kärnten. Vertreter des BZÖ erklären, keiner Lösung mit weiteren zweisprachigen Ortstafeln zuzustimmen.
- 2009 Kärntner Heimatdienst und Zentralverband Slowenischer Organisationen führen mehrere **gemeinsame Gedenkfeiern** zu Ehren der Opfer der Kriege auf beiden Seiten durch. Die Veranstaltungen werden öffentlich diskutiert und zum Teil kritisiert, auch durch Mitglieder der slowenischen Volksgruppe. Entgegen der Kritik erhält die Konsensgruppe um Moderator Stefan Karner den Bürgerpreis des Europäischen Parlaments für *„Aktivitäten und Aktionen für die Förderung eines besseren gegenseitigen Verständnisses und einer stärkeren Integration zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten (...)“*. Es folgen der Kulturpreis der Stadt Villach und der Preis des „Forum Verfassung“. Diskussionen über eine Umsetzung der Minderheitenschutzbestimmung setzen sich fort.
- 2010 Die Bundesregierung nimmt einen neuerlichen **Anlauf zur Lösung der Ortstafelfrage**. Die Zeichen scheinen günstig: Der Rat der Kärntner Slowenen wählt den Diplomaten, Sonderbeauftragten der Europäischen Union und hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Valentin Inzko zum Vorsitzenden. Der Kärntner Landeshauptmann Dörfler betont eine gute Gesprächsbasis und signalisiert Zustimmung zum Vorhaben der Bundesregierung. Bundespräsident Fischer nennt in seiner Rede anlässlich seiner Angelobung für die neue Amtsperiode die Zeit „reif“ für eine Lösung. Drei Ortstafeln (Bleiburg, Ebersdorf, Schwabegg) werden nun nach neuerlichen Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes korrekt angebracht (unzulässig war die Anbringung von kleinen slowenischen Zusatztafeln innerhalb der eigentlichen Ortstafeln).



MODUL 3

Vielfalt in Kärnten



Ausgelöst durch die Veröffentlichung von Akten des jugoslawischen Geheimdienstes entbrennt eine Diskussion um die Aufklärung der Bombenanschläge in den siebziger Jahren. Eine Historikerkommission soll für Aufklärung sorgen und arbeitet bis 2015.

Nach Gesprächen der Volksgruppenorganisationen und Heimatverbänden mit Staatssekretär Ostermayer, dem die Ortstafelfrage übertragen wird, werden für das Jahr 2011 konkrete Verhandlungen in Aussicht genommen. Zum 90 jährigen Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung spricht Valentin Inzko als Vertreter der Kärntner Slowenen bei den offiziellen Feierlichkeiten des Landes im Wappensaal.

2011

56 Jahre nach Abschluss des österreichischen Staatsvertrages gelingt die Einigung auf eine Vereinbarung über die **Regelung der Ortstafelfrage in Kärnten**: Beschlossen werden 164 zweisprachige Ortstafeln in 23 Gemeinden.